

Arbeiten ist

Das sagt der Bezirk zur Forderung, dass arbeitsfähige Mindestsicherungsbezieher gemeinsam nützig arbeiten sollen.

BEZIRK. Wer längere Zeit keinen Job findet, der landet in der Mindestsicherung. Im Bezirk Amstetten (einschließlich Waidhofen) sind es 1.746 Bezieher, die 827 Euro im Monat erhalten. Pro Jahr sind das für die Gemeinden Kosten in der Höhe von 720.666 Euro (siehe „Zur Sache“). Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka fordert nun, dass arbeitsfähige Empfänger der Mindestsicherung für gemeinsame Arbeiten herangezogen werden sollen (siehe Interview). In der Region wären dies 770 Personen.

Skepsis bei den Verantwortlichen
Bei den Verantwortlichen des Sozialmarktes sieht man den Vorschlag „als Beschäftigungsprojekt“ allerdings „skeptisch“. Zunächst wäre die Frage, welche Jobs dafür überhaupt in Frage kommen, und ob es diese Arbeitsplätze überhaupt gibt, gibt Irmgard Pöll-Wimmer, Geschäftsführerin von SAM-NÖ, der Trägerorganisation der Sozialmärkte, zu bedenken. Wichtig in diesem Zusammenhang sei vor allem auch, dass die Betroffenen nicht stigmatisiert werden. Natürlich gebe es – wie andersorts auch – schwarze Schafe, aber grundsätzlich würden die Betroffenen „zu Recht“ die Mindestsicherung beziehen. Die Menschen an sich wollen arbeiten und wollen einen Job, sagt Pöll-Wimmer, das habe „auch viel“ mit dem eigenen Selbstwertgefühl zu tun.

Gärtner, pflegen und reinigen

„In Waidhofen gibt es dazu etliche Möglichkeiten“, meint Waidhofens Bürgermeister Werner Krammer. „In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice läuft in Waidhofen ein Projekt, in dem Langzeitarbeitslose die Stadtgärten und Grünanlagen pflegen und bei der Straßeneinigung helfen“, so der Ortschef, der auch von den positiven Effekten für die Langzeitarbeitslosen überzeugt ist. „Gerade für die Bepflanzung der Kreisverkehle wurden sie oft geholt und darauf darf man stolz sein“, erklärt Krammer abschließend.

Einstellungssache

Das sagt der Bezirk zur Forderung, dass arbeitsfähige Mindestsicherungsbezieher gemeinsam nützig arbeiten sollen.

BEZIRK. Wer längere Zeit keinen Job findet, der landet in der Mindestsicherung. Im Bezirk Amstetten (einschließlich Waidhofen) sind es 1.746 Bezieher, die 827 Euro im Monat erhalten. Pro Jahr sind das für die Gemeinden Kosten in der Höhe von 720.666 Euro (siehe „Zur Sache“). Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka fordert nun, dass arbeitsfähige Empfänger der Mindestsicherung für gemeinsame Arbeiten herangezogen werden sollen (siehe Interview). In der Region wären dies 770 Personen.

„Die Leute sollen arbeiten“
Die BEZIRKSBLÄTTER hören sich im Sozialmarkt in Amstetten um, wie



Inge Höblinger, Ernst Bachler und Irmgard Pöll-Wimmer im Sozialmarkt, in dem knapp fünf Prozent der Kunden Mindestsicherung beziehen. Foto: Leitsberger

ZUR SACHE

24.547 Niederösterreicher beziehen derzeit diese Form der Sozialhilfe in der Höhe von 827 Euro im Monat. Im Bezirk Amstetten (einschließlich Waidhofen) sind somit auf diese Staatshilfe angewiesen. Die Gemeinden zahlen 20 Prozent (20 Prozent Land, 60 Prozent Bund) der Beihilfen, das sind 720.666 Euro im Jahr. 1481